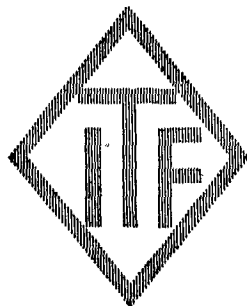




# FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



No. 26  
4. Jahrgang

Amsterdam, den 24. Dezember 1936.

## P O R T U G A L .

Diktatur der Sozial-  
=====  
reaktion.  
=====

(ITF) Portugal ist die Etappe der spanischen Meuterer. In Portugal stapelten die Generäle um den Rebellenführer Franco italienische Kanonen und deutsche Bomben für

ihren Überfall auf die spanischen Arbeiter und Bauern. Über portugiesische Häfen kamen und kommen italienische und deutsche Waffen für die Truppen der spanischen Konterrevolution. In Portugal stiegen die ersten Flugzeuge zum Bombardement spanischer Städte auf. Portugal entwaffnete versprengte Milizen der spanischen Republik und lieferte sie den Marokkanern Francos aus, die sie ausnahmslos ermordeten. Portugal ist die sichere Etappe der bluttriefenden spanischen Sozialreaktion, denn in Portugal wurden alle Arbeiterorganisationen zertreten, sind die Arbeiter und Bauern unterdrückt, leben Grossbesitz und regierende Clique auf Kosten eines unglaublich verelendeten Volkes.

In Portugal ist schon seit 1926 der grösste Teil des Verwaltungsapparats in den Händen einer OffiziersklIQUE -- nur der Ministerpräsident Salazar ist ein sogenannter "Fachmann",-die unter Ausnutzung der allgemeinen Erregung über die Korruption der bisher herrschenden Schichten ans Ruder kam. Mit Hilfe sozialistischer und linksrepublikanischer Arbeitergruppen, vor allem der Eisenbahner, jagten die "Reiniger" das Parlament auseinander. Den Arbeitern bekam das Bündnis mit den "sozialen Generälen" schlecht. Die Gewerkschaften wurden aufgelöst, die Funktionäre wurden verhaftet und zum grossen Teil in die afrikanischen Kolonien deportiert. Der Versuch (im Februar 1927), die Freiheit zurückzuerobern, misslang. Nach einigen Tagen blutiger Strassenkämpfe brach der vornehmlich von den Eisenbahnern getragene Widerstand in der Hauptstadt Lissabon und in der Hafenstadt Oporto zusammen. Die Diktatur stabilisierte sich, die Militärs einigten sich mit den herrschenden Schichten des Grossbürgertums und des Grossgrundbesitzes auf Kosten der Arbeitenden. Kleinbauern darben, während 42% des kulturfähigen Landes brach liegt. Mit Ausnahme von Albanien und Litauen hat kein Land sich so wenigen

der beim Genfer Arbeitsamt zu ratifizierenden internationalen sozialpolitischen Verträgen angeschlossen, wie Portugal.

Die portugiesischen Diktatoren haben es leichter als die Diktatoren Italiens, Deutschlands oder Österreichs. Die Zahl der in Industrie und Handwerk Tätigen wird offiziös auf nur 800 000 geschätzt, in Verkehr und Transport sollen 100.000 tätig sein, davon 70 000 bei den Eisenbahnen, in der Fischerei 55 000 und im Bergbau 25-30 000. In öffentlichen Diensten stehen etwa 100.000 Portugiesen. Der grösste Teil der 7,2 Millionen Einwohner lebt von Landwirtschaft. Die Arbeiterorganisationen hatten, als die Diktatur sie auflöste, nur einen kleinen Teil der zahlenmässig schwachen Arbeiterschaft erfasst. Die freien Gewerkschaften, die trotz des Terrors der Militärdiktatur allmählich wieder die Tätigkeit aufnahmen, konnten nur langsam Fuss fassen. Durch die "ständische Verfassung", die 1933 die "liberale" Periode der Militärdiktatur abschloss, brauchten daher nicht wie in Italien und Österreich einflussreiche Arbeiterorganisationen lahmgelegt zu werden, durch sie soll das Entstehen einer starken modernen Arbeiterbewegung verhindert und das Übergewicht der Unternehmer und Grossgrundbesitzer gesichert werden.

Die Korporativverfassung Portugals weist genau die gleiche Mischung von Unternehmerfreundlichkeit, Arbeiterfeindlichkeit und sozialer Demagogie auf, die für alle Ständevertretungen charakteristisch ist. Jede einzelne Bestimmung wird damit begründet, dass der "Klassengeist" überwunden werden müsse, dass aber die wirtschaftlichen "Hierarchien" zu berücksichtigen seien, die erst den "lebendigen Organismus der Nation" bilden. Es wurden (am 23. September 1933) -- trotzdem die Verfassung im Februar 1933 noch Koalitionsfreiheit "garantierte" -- Monopolverbände für die Unternehmer und für die Arbeiter und Angestellten gegründet, die -- wie in Italien -- Vertretungsrecht auch für Nichtmitglieder erhielten. Die "Grundsätze für die Vertretung der Arbeitgeber im ständischen Aufbau" sind ganz allgemein gehalten, die Unternehmerverbände können weitgehend tun und lassen, was ihnen gefällt. Die "Verordnung zur Neuordnung der nationalen Berufsvereine" (ebenfalls vom 23. September 1933) macht die einzig noch erlaubten Arbeiterorganisationen zu einer Behörde; sie sind der staatlichen Verwaltung untergeordnet, Wahlen bedürfen der Bestätigung durch die Regierung. "Nationale Berufsvereine" werden nur anerkannt, wenn sie sich zu gelben Grundsätzen und zur "Ablehnung des Klassenkampfes" bekennen. Sie dürfen ohne Genehmigung der Regierung weder internationalen Organisationen angehören, noch an internationalen Tagungen teilnehmen. Sie müssen das, was der Diktatur als "höhere Interessen der Nation" bezeichnet, wahrnehmen. Wenn "nationale Berufsvereine" "die ihnen übertragenen... Aufgaben nicht erfüllen" oder gar "einen Streik oder die Niederlegung der Arbeit hervorrufen oder fördern", werden sie aufgelöst. "Die persönliche Haftung der leitenden Organe" in derartigen Fällen wurde zur Einschüchterung ausdrücklich festgelegt. Diese "nationalen Berufsvereine" haben den sozialreaktionären Massnahmen der Diktatur keine Schwierigkeiten gemacht. Trotzdem dürfen Beamte und in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigte Arbeiter und Angestellte nicht einmal den gelben Berufsvereinen angehören.

Der "Korporationsrat", die Krönung des "ständischen" Aufbaues symbolisiert den portugiesischen "neuen Staat". 6 Minister sitzen in ihm, ein Unterstaatssekretär und 2 Universitätsprofessoren, aber nicht ein einziger Arbeitervertreter, nicht einmal ein faschistischer.

Eine der wesentlichen Leistungen des neuen "Ständestaates" war die Zerstörung der einigermaßen entwickelten Sozialversicherung. Man entdeckte (am 16. März 1935) plötzlich, dass das bisherige Versicherungssystem ein "Produkt des Auslands" sei, dass es starre und gleichmacherische Formeln aufstelle und darum nicht zu den traditionellen portugiesischen Versicherungseinrichtungen passe, die auf einer "unterschiedlichen Behandlung der Berufe und der sozialen Schichten" beruhe. Die Versicherung sollte so gestaltet werden, dass den "verschiedenen Graden der sozialen Hierarchie" und vor allen Dingen der "wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der verschiedenen Gruppen" Rechnung getragen wird. Dies erfolgt zunächst in der Weise, dass die Arbeiter einen höheren Prozentsatz von ihrem Lohn als Beitrag an die neuen Versicherungseinrichtungen abzuführen haben, als die Unternehmer. Sodann ist das ganze Versicherungswesen im wesentlichen auf lokale Hilfskassen aufgebaut, deren Leistungsfähigkeit selbst der Regierung schon zu Beanstandungen Veranlassung gegeben hat. Im wesentlichen sind nämlich die Kassen, da die Beiträge der Unternehmer und des Staats völlig ungenügend sind, auf Spenden von sogenannten "wohlthätigen Mitgliedern" angewiesen, das gesamte Versicherungswesen ist also wieder auf die Stufe privater Wohltätigkeit zurückgesunken. Und mit

dieser privaten Wohltätigkeit scheint es schlecht bestellt zu sein. Der zuständige Minister musste Massnahmen androhen, um die Einnahmen der Versicherungskassen sicherer zu gestalten, "vor allem die 'wohl-tätigen Mitglieder' zur regelmässigeren Zahlung ihrer Beiträge anzuhalten."

Die Arbeitslosenversicherung Portugals ist eine höchst fragwürdige Angelegenheit. Landarbeiter und Fischer sind überhaupt nicht gegen Erwerbslosigkeit versichert, aber auch die in Industrie, Handwerk und Verkehr Beschäftigten schützt diese Versicherung nur unzureichend. Vom Lohn und Gehalt werden 2% für die Arbeitslosenkasse abgezogen, die Unternehmer zahlen 1% hinzu. Die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt unter Einschaltung der "Bezirkshilfskommissionen", die aus je 3 Unternehmern und 2 Vertretern der Regierungs-"Gewerkschaften" bestehen und deren Vorsitzender stets ein Unternehmer sein muss.

Erwerbslosen kann die Unterstützung entzogen werden, wenn sie sich weigern, einen "halben" Arbeitsplatz anzunehmen und nur 3 Tage in der Woche oder nur jede zweite Woche zu arbeiten. Kurzarbeiterunterstützung gibt es nicht. Arbeiter und Angestellte, die wegen Streik oder "aus eigenem Verschulden" ihren Arbeitsplatz verloren, erhalten nicht nur keine Unterstützung, sondern werden nicht einmal als erwerbslos registriert. (Verordnung vom 19. September 1932). Die portugiesische Arbeitslosenstatistik gibt daher kein Bild der wirklichen Erwerbslosigkeit.

Lohn- und Lebensniveau waren in Portugal zu jeder Zeit erschreckend niedrig. Sicher ist, dass die segensreichen Einrichtungen der Diktatur hieran nicht das mindeste geändert haben, obwohl man nach berühmten Vorbildern einen "Plan" zum wirtschaftlichen "Wiederaufbau" aufgestellt hat, und sogar, um alle zu übertrumpfen, gleich einen "Fünfzehnjahresplan". Der Unterstaatssekretär des Korporationswesens musste öffentlich feststellen, "dass in bestimmten Industriezweigen die Löhne unter das unbedingt erforderliche Existenzminimum sinken, ohne dass man dafür eine andere Erklärung finden kann, als die Absicht, durch Lohnsenkung den Konkurrenten unterbieten zu können". (1. August 1935). "In gewissen industriellen Zentren, in denen es zahlreiche Arbeitslose gibt, wurden erwachsene männliche Arbeiter durch Frauen und Kinder ersetzt, sind die Löhne plötzlich ohne irgend einen ersichtlichen Grund herabgesetzt worden. Die Unternehmer haben, obwohl ihnen die Mittel dazu zur Verfügung gestellt worden sind (!), nichts getan, um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen." (Erklärung des Ministeriums vom 24. August 1934). Die Löhne im portugiesischen "Ständestaat" gehören mit zu den schlechtesten Europas. Sie sind so niedrig, dass die Diktatur sich lange schämte, dem Internationalen Arbeitsamt Angaben über ihre Höhe zu machen. Erst für Oktober 1935 werden Ziffern genannt. Nach diesen amtlichen Angaben verdienen in Lissabon, der Hauptstadt Portugals,

	<u>Escudos per Std. x) = d.</u>	
Strassenbahnschaffner und Autobuslenker	2,90	6,3
Chauffeure	2,80	6,1
Güterbodenarbeiter und Streckenarbeiter der (privaten) Eisenbahnen.....	1,90	4,14
Schlosser im Maschinenbau erhalten	3,00	6,54
Ungelernte Metallarbeiter	1,80	3,92
Maurer verdienen	2,20	4,80
Maler	2,50	5,45
Möbelmacher	3,50	7,63
Maschinensetzer	3,30	7,16
Bäcker	2,50	5,45
Schlosser im Elektrizitätswerk	3,50	7,63
Ungelernte " "	2,00	4,4
Ungelernte städtische Arbeiter	1,50	3,27

Das sind die offiziellen Tariflöhne in der Hauptstadt, die höchsten des Landes.

Der Preis für ein Pfund **Brot III. (niedrigster) Qualität** wurde von der Diktatur auf 1,60 Esc. festgesetzt. Ein ungelernter Gemeindearbeiter muss für ein Pfund Brot über eine Stunde arbeiten....

Der durchschnittliche Tagesverdienst eines Landarbeiters soll nach amtlichen Angaben 7,10 Escudos (£ -/1/3) betragen, Landarbeiterinnen erhalten 3,20 - 3,70 Escudos (7 - 8d) (Boletim Mensual de Instituto Nacional de Estatistica, Januar 1936).

In der Fischerei liegt der jährliche Verdienst einer ganzen Familie zwischen 4.800 und 5.400 Escudos. Die unbedingt notwendigen Lebenshaltungskosten und Aufwendungen aber belaufen sich auf ca. 5 300 Escudos. (Descamps, Le Portugal, la vie sociale actuelle, Paris 1935, Seite 250).

Die portugiesischen Seeleute werden miserabel bezahlt. Ein Matrose erhält (April 1936) nur 12,65 Escudos pro Tag (= £ -/2/4) ein Hei-

x) Seit 1931 ist die portugiesische Währung an die englische angehängt.  
110 Escudos = 1 £.

zer nur 14,01 Escudos (£ -/2/6). Die auf portugiesischen Schiffen gezahlten Heuern sind die niedrigsten Europas! Und diese Elendslöhne sinken noch immer weiter! Am 15. September 1936 hat der Unterstaatssekretär für das Korporationswesen erneut amtlich zugeben müssen, dass "die Löhne in gewissen Industriezweigen die Tendenz zeigen, (noch) unter das Existenzminimum zu sinken" -- noch unter das Hungerniveau des "Ständestaats"!

Das ist die Lage im zehnten Jahre der portugiesischen Diktatur, im dritten Jahre der "Ständeherrlichkeit"! Und wenn ein diktatorisches Regime gezwungen ist, derartige Verhältnisse einzugestehen, kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie die Wirklichkeit aussehen muss. Trotzdem behauptet die portugiesische Diktatur, die Arbeiter seien mit ihr zufrieden. Die grossbürgerliche Presse der Länder, die erhebliche Kapitalien in Portugal angelegt haben, unterstützt diese verlogene Propaganda. Die portugiesischen Diktatoren aber, die im Wappen das gleiche Krukenkreuz führen wie ihre "christlichen" Kollegen in Wien, wissen nur zu gut, wie die wirkliche Stimmung im Lande ist. Die Arbeiter der Städte, die Landarbeiter und die landlosen Bauern sind verbittert. 42% des kulturfähigen Landes liegt brach! Diese Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern könnte der Diktatur gefährlich werden. Doch die Organisation der über das ganze Land verstreuten Unzufriedenen ist ausserordentlich dadurch erschwert, dass durch die systematische Vernachlässigung des Volksschulwesens noch immer 2/3 des Volkes, 3/4 der Arbeiterschaft weder lesen noch schreiben und daher genau so wenig einen Tarifvortrag wie eine oppositionelle Druckschrift entziffern können. Und mit dem Verbot aller Organisationen, in denen Arbeiter und Bauern unkontrolliert zusammenkommen könnten, glaubte die Diktatur, endgültig ernsthaftem Widerstand vorbeugen zu können. Doch die Unzufriedenheit hat jetzt -- nicht zuletzt unter dem Eindruck der Kämpfe in Spanien -- ein der Diktatur bedrohlich erscheinendes Ausmass angenommen. Nach 10 Jahren Militärdiktatur, nach 3 Jahren Ständeschwindel hat die Diktatur jetzt (am 16. September 1936) eine neue Terrorgruppe aufstellen müssen, die "portugiesische Legion", die den "Kampf gegen den innern Umsturz" führen soll.

---

Die deutsche Hilfe für die  
spanischen Faschisten.

(ITF) "Die Schifffahrt", das Blatt der der I.T.F. angeschlossenen "illegalen" freien Gewerkschaft der deutschen Seeleute und Binnenschiffer berichtet: "Nach uns zugegangenen

absolut zuverlässigen Meldungen von deutschen Häfen und Schiffen sind in der letzten Zeit 26 deutsche Dampfer mit Kriegsgerät aller Art und Truppen (in Zivil) von Stettin, Emden, Hamburg und Königsberg nach Cadix und Sevilla abgegangen. Die Sicherung dieser Schiffe übernahmen vom englischen Kanal aus oder ab Finisterre Kreuzer und Kanonenboote der deutschen Kriegsflotte. Die Schornsteinmarken der Dampfer wurden übermalt, die Besatzungen auf Geheimhaltung vereidigt".

Die Nazi-Diktatur verliert die  
Nerven. Sie fürchtet die Arbeiter.

(ITF) Die Demonstrationen gegen die nationalsozialistische Diktatur nehmen mit der Erregung der deutschen Arbeiter über die braune

Sozialreaktion wieder zu. An den Mauern der Häuser, an den Wänden öffentlicher Gebäude wächst die Zahl der gegen die Hitler-Diktatur protestierenden "Hetz-Anschriften" rasch. Eine Zeitlang "hatte die Diktatur Weisung gegeben, zu behaupten, dass diese "Hetz-Anschriften" noch aus dem Jahre 1932 stammten. Doch diese Ausflucht liess sich nicht mehr aufrecht erhalten, als immer häufiger höchst aktuelle und höchst wirksame "Hetz-Anschriften" erschienen, die sich nicht mehr mit der Feststellung begnügten: "Hitler ist Deutschlands Unglück!" sondern mitteilten: "Die freie Gewerkschaft lebt!" und verlangten: "Die Löhne herauf! Die Preise herunter!"

Derartige "Hetz-Anschriften" erscheinen besonders häufig an öffentlichen Gebäuden mit starkem Verkehr und an Fahrzeugen, die gelegentlich unbeobachtet abgestellt werden. Bei der Deutschen Reichsbahn ist die Zahl derartiger "Hetz-Anschriften" so gross geworden, dass die leitenden Beamten anscheinend völlig den Kopf verloren haben. Sie haben jahraus, jahrein nach Berlin berichtet, dass "alle" deutschen Eisenbahner "begeistert" hinter Hitler stehen, und jetzt zeigte die zunehmende Zahl der Protest-Anschriften den interessierten Beobachtern die wahre Stimmung der Eisenbahner!

Die Reichsbahndirektion Halle hat (am 27. Oktober 1936) einen Gross-Alarm gegen "Hetz-Anschriften" angeordnet. Jeder im Direktionsbezirk Halle beschäftigte Bedienstete der Reichsbahn musste schriftlich (!) bestätigen, dass ihm folgende Verfügung zur Kenntnis gebracht worden war: "(Verfügung 27/10/36. Pr. A. 21. Bmasp) An alle Bediensteten: Es befinden sich immer noch an Wagen, Aborten, Wänden der Wartezimmer und Vorhallen, sowie Bremshäusern usw. alte und in vereinzeltten Fällen auch neue politische Hetzanschriften."

Es wird deshalb jedem Bediensteten zur Pflicht gemacht, alle vorgefundenen staatsfeindlichen Anschriften sofort (!) dem örtlichen Dienststellenleiter oder dessen Vertreter zu melden. Alle an unsere Kunden zur Beladung oder Entladung zu stellende Wagen sind -- um festzustellen, wann die Anschriften angebracht wurden. Red. -- vor der Bereitstellung und sofort nach der Abnahme (in den Werken: bei der Übergabe) auf solche Anschriften nachzuprüfen.

Die Dienststellenleiter werden angewiesen:

- a) die älteren Anschriften entfernen zu lassen...
- b) bei neuen Anschriften sofort (!) die Reichsbahn-Direktion fernmündlich (!)... zu verständigen. Ausserdem (!) ist noch eine schriftliche Meldung eingeschrieben an das Schutzdezernat zu senden.

Die (neuen) Hetzanschriften dürfen nicht entfernt werden. Sie sind -- damit nur möglichst wenige Eisenbahner sie lesen können, Red.-- bis zum Eintreffen unseres Überwachungsbeamten zu überkleben. Der Wagenlauf darf nicht aufgehalten werden. Leere mit Hetzanschriften versehene Wagen sind, soweit möglich, vorläufig abzustellen (!). Sonst und bei beladenen Wagen ist die Hetzanschrift so rasch wie möglich durch einen geeigneten Bediensteten im Lichtbild festzuhalten und hernach zu entfernen. Die Unkosten werden erstattet. Filme sind unentwickelt (!) einzusenden. (-- Damit die Photos nicht illegal kursieren! Red.--). Die Eigentumsbezeichnung des betr. Wagens, sowie die Ein- und Ausgangszeiten und Abgangs- und Empfangsstellen sind anzugeben."

Dieser nervöse Ausbruch der hohen Nazi-Bürokratie wirft ein grelles Licht auf die wirkliche Stimmung im Dritten Reich. Die Reichsbahndirektion glaubt, nur noch durch derartige verschärfte Überwachung weitere Protestdemonstrationen der Eisenbahner verhindern zu können. Dass sie die Eisenbahner für die Diktatur gewinnen könnte, glaubt sie selbst nicht mehr.

Vorsicht! Spitzelgefahr auf  
 deutschen Eisenbahnen!

landosverräterische Handlungen

die unseren Bediensteten zur Kenntnis gelangen, sind der Reichsbahndirektion sofort schriftlich und (!) fernmündlich zu melden.

Auf frischer Tat angetroffene Personen, deren Personalien nicht einwandfrei bekannt sind, sind vorläufig festzunehmen und sofort der nächsten Polizeistelle zuzuführen. Von Verdächtigen und Zeugen sind möglichst unauffällig (!) die Personalien zu ermitteln."

Die Reichsbahndirektion weiss genau, dass nur wenige Eisenbahner sich freiwillig als Spitzel betätigen würden. Sie droht deshalb: "Vorstösse gegen diese Verfügung werden strengstens (!) geahndet. Vorwiegend falschen Angaben wird eindringlich gewarnt. Sämtliche Bedienstete haben die Kenntnisnahme dieser Verfügung schriftlich zu bestätigen." (Amtsblatt der Reichsbahndirektion Halle Nr. 95 vom 7. November 1936). Wenn Vorgesetzte oder Geheimpolizisten im Zuge mitfahren, werden dabei viele Eisenbahner denunzieren müssen.

Die "christliche Diktatur"

rächt sich.

Die "christliche Diktatur" sucht sich jetzt an den Arbeitern zu rächen: im Köflacher Kohlenrevier (Steiermark) wurden unmittelbar nach den Abstimmungen 30 Bergarbeiter, fast alles legal von den Arbeitern gewählte Vertrauensmänner, verhaftet; in Fohnsdorf (Obersteiermark) wurden 40 Bergarbeiter festgenommen. In andern Fällen wurden Arbeiter, die gegen den Willen des faschistischen Gewerkschaftsbundes zu Vertrauensmännern gewählt worden waren, von den Unternehmern unter dem Druck des Gewerkschaftsbundes entlassen.

In Steiermark hat die Polizei der "christlichen Diktatur" gleichzeitig mit den 70 Bergarbeitern mehr als 40 Eisenbahner -- Lokomotivführer, Heizer und Zugbegleiter -- verhaftet und wegen angeblicher Verbreitung illegaler Schriften bzw. wegen angeblicher Geldsammlung für die spanischen Freiheitskämpfer zu Polizeistrafen bis zu 6 Monaten Arrest verurteilt. Das Landgericht soll die Eisenbahner wegen der selben Delikte noch einmal bestrafen. Die "christliche Diktatur" hatte die Arbeiter aufgefordert, Männer ihres Vertrauens zu wählen. Das haben die Arbeiter, wo es möglich war, getan. Jetzt rächt sich die Diktatur dafür und schämt sich nicht.

Kampfansage der deutschen

Unternehmer.

Die Deutsche Arbeitsfront versucht, die wachsende Errogrung in den Betrieben durch radikale Reden abzufangen. Die deutschen Unternehmer, die fürchten, dass die Arbeiter die nationalsozialistischen Sekretäre der Arbeitsfront beim Wort nehmen, haben bei der Diktatur in scharfen Denkschriften gegen dieses "radikale" Gebaren der Arbeitsfront protestiert. Der Arbeitsfront sei "kein Eingriffsrecht" in die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestanden worden, die Unternehmer wollten Herr im Hause bleiben. Auf den Tagungen der Arbeitsfront erschienen Unternehmervertreter, "um zu hören, was die Arbeitsfront wohl an "neuen Übergriffen" plant (Nationalzeitung, Essen Nr. 306 vom 6. November). Und jetzt hat Dr. Schacht zu Leitern der Unternehmerverbände Unternehmer ernannt, die als rücksichtslose Vertreter des Herr-im-Hause-Standpunkts bekannt sind. Zum Leiter der Unternehmerverbände wurde der Chemieindustrielle Albert Pietzsch (München) bestimmt, der 1933/34 "besonderen Anteil bei der Schaffung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit genommen hat, das auf seine (!) Veranlassung hin der Wirtschaft (d. h. den Unternehmern, Red.) einen weiten Spielraum der Selbstverwaltung auf sozialpolitischem Gebiet einräumt" (Der deutsche Volkswirt, 27. April 1934). Pietzsch hatte als Wirtschaftsberater des Stellvertreters Hitlers durchgesetzt, dass im Arbeitsordnungsgesetz (im Par. 2) festgelegt wurde, dass der Unternehmer "in allen betrieblichen Angelegenheiten gegenüber der Ge-

(ITF) Die deutschen Eisenbahner wurden angewiesen, ihre Kollegen und die Reisenden zu bespitzeln.

"Staatsfeindliche Äusserungen und

-- ganz gleich welcher Personen --,

die unseren Bediensteten zur Kenntnis gelangen, sind der Reichsbahndirektion sofort schriftlich und (!) fernmündlich zu melden.

Auf frischer Tat angetroffene Personen, deren Personalien nicht einwandfrei bekannt sind, sind vorläufig festzunehmen und sofort der nächsten Polizeistelle zuzuführen. Von Verdächtigen und Zeugen sind möglichst unauffällig (!) die Personalien zu ermitteln."

Die Reichsbahndirektion weiss genau, dass nur wenige Eisenbahner sich freiwillig als Spitzel betätigen würden. Sie droht deshalb: "Vorstösse gegen diese Verfügung werden strengstens (!) geahndet. Vorwiegend falschen Angaben wird eindringlich gewarnt. Sämtliche Bedienstete haben die Kenntnisnahme dieser Verfügung schriftlich zu bestätigen." (Amtsblatt der Reichsbahndirektion Halle Nr. 95 vom 7. November 1936). Wenn Vorgesetzte oder Geheimpolizisten im Zuge mitfahren, werden dabei viele Eisenbahner denunzieren müssen.

Die "christliche Diktatur" sucht sich jetzt an den Arbeitern zu rächen: im Köflacher Kohlenrevier (Steiermark) wurden unmittelbar nach den Abstimmungen 30 Bergarbeiter, fast alles legal von den Arbeitern gewählte Vertrauensmänner, verhaftet; in Fohnsdorf (Obersteiermark) wurden 40 Bergarbeiter festgenommen. In andern Fällen wurden Arbeiter, die gegen den Willen des faschistischen Gewerkschaftsbundes zu Vertrauensmännern gewählt worden waren, von den Unternehmern unter dem Druck des Gewerkschaftsbundes entlassen.

In Steiermark hat die Polizei der "christlichen Diktatur" gleichzeitig mit den 70 Bergarbeitern mehr als 40 Eisenbahner -- Lokomotivführer, Heizer und Zugbegleiter -- verhaftet und wegen angeblicher Verbreitung illegaler Schriften bzw. wegen angeblicher Geldsammlung für die spanischen Freiheitskämpfer zu Polizeistrafen bis zu 6 Monaten Arrest verurteilt. Das Landgericht soll die Eisenbahner wegen der selben Delikte noch einmal bestrafen. Die "christliche Diktatur" hatte die Arbeiter aufgefordert, Männer ihres Vertrauens zu wählen. Das haben die Arbeiter, wo es möglich war, getan. Jetzt rächt sich die Diktatur dafür und schämt sich nicht.

Die Deutsche Arbeitsfront versucht, die wachsende Errogrung in den Betrieben durch radikale Reden abzufangen. Die deutschen Unternehmer, die fürchten, dass die Arbeiter die nationalsozialistischen Sekretäre der Arbeitsfront beim Wort nehmen, haben bei der Diktatur in scharfen Denkschriften gegen dieses "radikale" Gebaren der Arbeitsfront protestiert. Der Arbeitsfront sei "kein Eingriffsrecht" in die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestanden worden, die Unternehmer wollten Herr im Hause bleiben. Auf den Tagungen der Arbeitsfront erschienen Unternehmervertreter, "um zu hören, was die Arbeitsfront wohl an "neuen Übergriffen" plant (Nationalzeitung, Essen Nr. 306 vom 6. November). Und jetzt hat Dr. Schacht zu Leitern der Unternehmerverbände Unternehmer ernannt, die als rücksichtslose Vertreter des Herr-im-Hause-Standpunkts bekannt sind. Zum Leiter der Unternehmerverbände wurde der Chemieindustrielle Albert Pietzsch (München) bestimmt, der 1933/34 "besonderen Anteil bei der Schaffung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit genommen hat, das auf seine (!) Veranlassung hin der Wirtschaft (d. h. den Unternehmern, Red.) einen weiten Spielraum der Selbstverwaltung auf sozialpolitischem Gebiet einräumt" (Der deutsche Volkswirt, 27. April 1934). Pietzsch hatte als Wirtschaftsberater des Stellvertreters Hitlers durchgesetzt, dass im Arbeitsordnungsgesetz (im Par. 2) festgelegt wurde, dass der Unternehmer "in allen betrieblichen Angelegenheiten gegenüber der Ge-

folgschaft entscheidet". Gleichzeitig hat er beim Neuaufbau der Unternehmerverbände "bei der Verwirklichung der Idee der Selbstverwaltung bestimmend mitgewirkt." (Volkswirt, 27.IV.1934). Pietzsch hat auch die Unternehmervertreter, die in den "Sachverständigenausschüssen" die Treuhänder der Arbeit kontrollieren, ausgesucht und dadurch die Lohnpolitik des Dritten Reiches entscheidend beeinflusst. Zum Leiter des Industriellenverbandes wurde der Textilindustrielle Dierig ernannt, einer der Hauptverantwortlichen für die infame Methode der "Werksbeurlaubung", nach der Arbeiter ohne einen Pfennig Lohn oder Unterstützung oft wochenlang vom Werk "beurlaubt" werden.

Diese Ernennungen entsprechen der sozialpolitischen Generallinie des Dritten Reiches: weitere Entmachtung der Arbeitsfront, verschärfte Sozialreaktion.

Beseitigter Achtstundentag.

=====  
(ITF) Am 26. September 1936 erschien die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront mit einer fettgedruckten Überschrift auf der ersten Seite: "Am Achtstundentag wird nicht gerüttelt!! Keine Mehrarbeit ohne Überstundenbezahlung!... Das Blatt teilte mit, die Bauunternehmer verlangten "die zehnstündige Arbeitszeit für das Baugewerbe, unter Fortlassung der bisher bei Arbeitszeit über 8 Stunden gewährten Mehrarbeitszuschläge". Aber "die Reichsbetriebsgemeinschaft "Bau", die für die sozialpolitische Betreuung des Baugewerbes zuständige Dienststelle der Deutschen Arbeitsfront wendet sich scharf gegen alle derartigen Vorschläge. Die Auswirkungen der Einführung des 10-Stunden-Arbeitstages im Baugewerbe würde nicht absehbare Folgen politischer und wirtschaftlicher Art zeitigen. Sie würde erstens mit sich bringen, dass die Angestellten der mit verlängerter Arbeitszeit arbeitenden Unternehmungen in den Büros ebenfalls bald länger arbeiten müssten, zweitens, dass die verlängerte Arbeitszeit im Baugewerbe zu einer Verlängerung der Arbeitszeit in sämtlichen Baunebengewerben führen würde, wobei nicht abzusehen wäre, inwieweit nicht auch anschliessend die Baustoffindustrie und andere Gewerbegruppen sich diesem Zehnstundentag anschliessen müssten.

Das... ist nicht mit den nationalsozialistischen Grundsätzen zu vereinbaren".

Genau zwei Monate später, am 26. November 1936, wurden die "nationalsozialistischen Grundsätze" wieder einmal verleugnet und der Achtstundentag für die deutschen Bauarbeiter beseitigt. Der vom Treuhänder der Arbeit diktierte "Manteltarif für den Hoch-, Beton- und Tiefbau gibt dem Unternehmer nicht nur das Recht, "in dringenden Fällen" täglich 10 Stunden arbeiten zu lassen (Par. 3), er gestattet darüber hinaus noch, jeden Arbeitsausfall "innerhalb von 8 Wochen ohne Zahlung eines Mehrarbeitszuschlages durch Mehrarbeit" auszugleichen. (Par.2). Es ist nur vorgeschrieben, dass der einzelne Bauarbeiter beim gleichen Bauunternehmer innerhalb von 8 Wochen nicht mehr als 384 Stunden arbeiten soll. (Par. 2). Wie diese Arbeitszeit verteilt wird, liegt im Ermessen des Unternehmers. Bei der Abhängigkeit des Baugewerbes von der Witterung bedeutet diese Regelung das Ende des Arbeitszeitschutzes im deutschen Baugewerbe.

Fettrationierung in Deutschland.

=====  
(ITF) Ab 1. Januar 1937 ist der Fettbezug in Deutschland rationiert. Fett wird nur noch an Haushaltungen

abgegeben, die in "Kundenlisten" eingetragen sind, bei einem Einzelhändler für den Bezug von Butter und bei einem Schlachter für Speck, Schmalz und Talg. Jeder Kunde muss sich durch einen "Kundenausweis" ausweisen. Für jeden Haushalt muss -- durch den Hausbesitzer oder den Hausverwalter! -- angegeben werden, welche Mengen Fett im Oktober 1936 verbraucht wurden, bis auf weiteres darf 4/5 dieser Menge bezogen werden. Für viele Arbeiterfamilien, die sich im Oktober nicht die nötigen Fette kaufen konnten, wird die Fettration dadurch einschneidend verringert. Das Dritte Reich der "Volksgemeinschaft" sichert auf diese Art den Vermögenden, die sich im Oktober reichlich Fett kaufen konnten, einen genügenden Fettbezug.

Im "Merkblatt über Fettbezug", das jedem Haushalt zuging, wird erklärt: "Die Bevölkerung wird ihren Fettbezug so regeln müssen, wie es die Möglichkeiten des Auslandsbezuges im Rahmen des Vierjahresplanes erfordern". Im Rahmen des Vierjahresplanes sollen in erster Linie Rohstoffe für Kanonen eingeführt werden. Damit die Kanonenkönige fett werden, wird dem deutschen Volk das Fett rationiert.

Fett -- nur für zahlungsfähige  
=====  
Kunden.  
=====

(ITF) Das nationalsozialistische Organ in Essen berichtet folgenden für das Dritte Reich der "Volksge- meinschaft" typischen Fall:

"Kommt da eine arme Witwe in eine Metzgerei und wünscht ein Viertel- pfund fetten Speck. Sie sieht, dass ein gutes Stück fetten Specks auf der Theke liegt. Die Verkäuferin fragt aber zunächst deutlich: "Bekom- men Sie auch Fleisch?" Und antwortet, als diese Frage verneint wird, ebenso deutlich: "Dann kann ich Ihnen auch keinen Speck geben!". ("Nationalzeitung" Nr. 307, vom 7. November 1936).

Deutsche Brotversorgung gefährdet.(ITF) Um möglichst viel Rohstoffe für die Rüstungsindustrie einführen zu können, hat das Dritte Reich seit 1933 nicht nur die Einfuhr von Lebensmitteln beschränkt, sondern zugleich auch die Einfuhr von für die deutsche Vieh- und Milchwirtschaft unentbehrlichen Futtermitteln gedrosselt. Nach den Missernten 1934 und 1935 musste infolgedessen ein erheblicher Teil des deutschen Viehstapels abgeschlachtet werden, es entstand bald Fleischknappheit und der Fettmangel verschärfte sich. Die Massen der städtischen Arbeiter und des Mittelstands; die die Schlehhandelspreise für Fleisch nicht bezahlen konnten, mussten mehr Mehlspeisen essen und da gleichzeitig auf Aufforderung des Landwirt- schaftsministeriums die Bauern sich auf "wirtschaftseigene Futtergrund- lage" umstellten und Brotgetreide verfütterten, ergab sich eine bedroh- liche Lage: "in einem einzigen Erntejahr (1935/36) sind die Brotege- treide-Reserven fast ganz aufgebraucht worden". (Frankfurter Zeitung vom 13. Dezember, Nr. 637/38). Die Weizenvorräte sanken von 1,7 Mil- lionen auf 0,8, die Roggenvorräte von 1,5 Millionen auf 0,75. Die Ge- treidevorräte reichen nicht mehr bis zur nächsten Ernte!

Die Nazidiktatur empfiehlt jetzt, um Futter zu sparen, den Bauern erneut, Jungvieh abzuschlachten, trotzdem dadurch in absehbarer Zeit der Fleischmangel vergrößert und sofort die Fettversorgung weiter ver- schlechert wird. Und gleichzeitig ordnete sie an, dass, da in den letzten Jahren 10-20% weniger Getreide abgeliefert wurde, als vorge- schrieben worden war, in diesem Jahr mit aller Schärfe gegen die Bauern vorgegangen wird. Für zahlreiche Bauern bedeutet ein Kampf gegen die Ablieferungspflicht einen Kampf um ihr Vieh und damit um ihren Hof, sie werden diesen Kampf mit aller Verbissenheit führen. Ist der Widerstand der Bauern stark genug, dann ist die Diktatur gezwungen, Devisen für Brotgetreideeinfuhr zur Verfügung zu stellen und die Einfuhr von Rü- stungsrohstoffen entsprechend zu senken.

Hitlermenü: Kunsthonig, Kaninchen-  
=====  
fleisch, weisser Käse.....  
=====

(ITF) Im Auftrage der nationalsozia- listischen Diktatur empfiehlt das "Deutsche Institut für Konjunktur- forschung" (im "Wochenbericht"Nr.49)

eine Liste von Nahrungsmitteln, deren Verbrauch eingeschränkt werden soll, um die Lebensmitteleinfuhr noch mehr zugunsten der Rüstungsim- porte einschränken zu können. Der Verbrauch an Rind- und Kalbfleisch solle vermindert werden, als Ersatz könnte mehr Kaninchenfleisch, Hammelfleisch und Fisch gegessen werden. Auch der Konsum von Butter, Schmalz, Speck, Margarine, Speiseöl und -fett soll eingeschränkt wer- den; als Ersatz stünde Kunsthonig, Marmelade, Kartoffeln und Zucker zur Verfügung. An die Stelle von Fettkäse soll Mager- und Weichkäse treten.

Bei dieser Speisekarte wird manchem der Appetit am Dritten Reich vergehen.

"Schönheit der Arbeit"  
=====  
im Dritten Reich.  
=====

(ITF) In vielen der 1 000 Schuh- fabriken der Pfalz und der Saar hängen, wie die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront berichtet,

die folgenden für den Geist der nationalsozialistischen "Betriebsgemein- schaft" charakteristischen Schilder:

Wer sich die Hände wäscht --

"Ausser der Notwendigkeit des Händewaschens zur Sauberhaltung der in der Verarbeitung befindlichen Schuhe, dürfen die Hände nur nach Schluss der Arbeitszeit gewaschen werden. Zuwiderhandlungen werden mit s o f o r t i g e r E n t l a s s u n g bestraft.

Wer "unbeurlaubt" austritt -- wird fristlos entlassen.

"Jeder Betriebsangehörige -- ob Arbeiter oder Angestellter -- der während der Arbeitszeit unbeurlaubt seinen Arbeitsplatz verlässt, wird sofort entlassen!" "Oft -- zu oft haben wir derartige Schilder an malerischen Strippen hängend oder irgendwo hingeklebt gefunden" be- richtet der Reporter der Arbeitsfront (im Angriff Nr.292 vom 12.12.36), der im Auftrage des "Buros "Schönheit der Arbeit" die Pfalz bereiste.



Hunderttausende verschwunden.

=====

Skandal bei der Deutschen  
Arbeitsfront.

(ITF) Das der von den Nationalsozialisten gestohlenen Arbeiterbank gehörende Lindcar-Fahrradwerk in Berlin musste liquidiert werden.

Diese Liquidation entwickelte sich zu einem selbst für die Verhältnisse des Dritten Reiches aufsehenerregendem Skandal. Noch im Juni 1936 hatte die Verwaltung auf der Generalversammlung des Lindcar-Werks mitgeteilt, "im Laufe der Liquidation werde voraussichtlich noch ein Überschuss von einigen Hunderttausenden Reichsmark zu erzielen sein", der der Bank der Deutschen Arbeit zufließen werde. (Frankfurter Zeitung, Nr. 295 vom 11. Juni). Jetzt wird plötzlich mitgeteilt, dass nicht nur die "einigen Hunderttausend Reichsmark" Überschuss verschwunden sind, sondern darüber hinaus noch ein Defizit von 136 000 RM entstand, mehr als Aktienkapital und Reserve zusammen ausmachen. Wohin diese Hunderttausende geflossen sind, bleibt in das gleiche geheimnisvolle Dunkel gehüllt wie die ganze Finanzgebarung der Deutschen Arbeitsfront.

Hitlers Spione in allen Ländern. (ITF) In der Reihe antifaschistischer Veröffentlichungen der "Editions du Carrefour" (Paris) erschien soeben eine Schrift von Franz Spielhagen über "SPIONE UND VERSCHWÖRER in Spanien", die auf Grund der in Spanien beschlagnahmten deutschen Geheimakten ein Bild des nationalsozialistischen Spionagenetzes entwirft. Wir entnehmen dem ausserordentlich beachtlichen Buch die folgenden Abschnitte:

"Der Nationalsozialismus unterhält in zahlreichen Binnenstädten des Auslandes einen "Hafendienst". Die oberste Leitung dieses nationalsozialistischen Hafendienstes sitzt in Berlin, das bekanntlich auch nicht am Meere liegt.

Das zentrale Hafendienst-Amt hat seine Büros im Hause der Auslands-Organisation der NSDAP in Berlin. Bei der Auslands-Organisation wird von dieser Behörde nicht gern gesprochen. Sie ist von einem Schleier des Geheimnisses umgeben. Ihr Leiter, Kurt Wermke, gehört der Auslands-Organisation seit 1931 an. Obwohl er der zweite Stellvertreter des Gauleiters Bohle ist, kennt die Parteiöffentlichkeit seinen Namen so gut wie gar nicht. Er trägt sich als harmloser Zivilist und legt nur selten die Partei- und Rangabzeichen an.

Wenn wir diesen Hafendienst genau untersuchen, finden wir, dass er mit Seefahrt verteuft wenig zu tun hat. Das Hafendienstamt ist eine Unterabteilung der "Gestapo", der "Geheimen Staats-Polizei". Ihm ist die Überwachung und Bespitzelung der Deutschen im Auslande übertragen. Der Hafendienst bedient sich dabei eines zweiten Amtes der Auslands-Organisation, des "Rückwanderer-Amtes", dem die "Betreuung der aus dem Auslande zurückkehrenden Volksgenossen" übertragen ist. Manche Rückwanderer werden so gut "betreut", dass sie nach der Rückkehr in die Heimat direkt ins Konzentrationslager gebracht oder dem Volksgericht überstellt werden. Das Rückwanderer-Amt wird von Harald Schulze-Hermann geleitet.

Im Ausland sind Hafendienst und Rückwanderer-Dienst in den Händen des jeweiligen Hafendienst-Leiters vereinigt. Jede Ortsgruppe und jeder Stützpunkt im Auslande hat seinen Hafendienstleiter, ebenso jede Kreisleitung und jede Landesgruppenleitung... (Seite 35).

"Deutsche Arbeitsfront" in den Diensten der Gestapo.

Bei seiner Arbeit unter den Deutschen im Auslande stützt sich der Hafendienst auch auf die Nebenorganisationen der NSDAP, insbesondere auf die "Deutsche Arbeitsfront". Die deutschen Angestellten im Auslande, die unter dem schärfsten Druck in die Ortsgruppen der "Deutschen Arbeitsfront" hineingetrieben worden sind, werden einem wohlorganisierten, engmaschigen Spitzelsystem unterworfen. Die Hafendienstleitungen in Spanien erhalten allmonatlich Berichte der "Deutschen Arbeitsfront" über das Betragen ihrer einzelnen Mitglieder... (Seite 41)

Überwachung von deutschen Schiffen.

Der deutsche Seemann, der im Auslandshafen von der NSDAP-Ortsgruppe begrüsst und gefeiert wird, ahnt nicht, dass der Hafendienst seiner Freude über die Ankunft des deutschen Schiffes durch schärfste Beobachtung der Besatzung Ausdruck gibt. Allmonatlich wird von den Hafendienstleitern über die eingetroffenen deutschen Schiffe berichtet. Ein Rundschreiben der Auslands-Organisation vom 10. Juni 1936 unterrichtet uns über den Inhalt dieser Berichte:

"Um die von der Auslandsgruppe für die Betreuung geleistete Arbeit statistisch erfassen zu können, ist es erforderlich, dass monatlich ein Hafendienstbericht in zweifacher Ausführung, nach folgendem Schema eingereicht wird:

1. Ortsgruppe:
2. Name des besuchten Schiffes:
3. Tag des Besuches:
4. Wieviel Mann Besatzung an Bord:
5. Wieviel Parteigenossen an Bord:
6. Wieviel SA-Männer an Bord:
7. Kurzer Bericht über evtl. gemeinsame Ausflüge, Einladungen und ähnliches, mit Angabe wieviel Offiziere, Mannschaften, Parteigenossen und Angehörige der dortigen Ortsgruppe daran teilgenommen haben:
8. Besonderes:..."

Das "Besondere" interessiert das Hafendienstamt natürlich am meisten. So, wenn auf den Dampfern "Hestia" und "Herkules" der Neptun-Linie die Offiziere sich gegenseitig "vertobackt" haben, oder wenn ein Matrose des Schiffes "Rheinland", das am 22. November in Barcelona Anker warf, mit einem Juden gesehen worden ist, oder wenn ein anderer Matrose des Schiffes "Brocida" am 3. November 1935 in Barcelona Propagandamaterial der "Schwarzen Front" zugesteckt bekommen hat... (Seite 42)

#### Deutsche Flieger werden beobachtet.

Auch die deutschen Flieger im Auslande unterliegen einer strengen Beobachtung. Hier leistet die jeweilige Luft-Hansa-Vertretung die Arbeit des Hafendienstes. Das folgende Schreiben vom 8. Juni 1936 des Luft-Hansa-Direktors Karl Hebart in Berlin an den Grafen Beroldingen, Leiter der Luft-Hansa in Barcelona, beweist die Gestapo-Arbeit der Luft-Hansa:

"Es ist mir geraten worden, den Flugzeugführer Leiding auf keiner Auslandsstrecke einzusetzen, da er infolge seiner pazifistischen (!) Einstellung das Deutschtum nicht im Sinne der Regierung vertreten würde. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir vertraulich Ihre Beobachtungen mitteilen würden. Da Leiding eventuell für eine Verwendung bei der Eurasia vorgesehen ist, wäre ich für baldige Erledigung dankbar..."

Bei einer Feier der Luft-Hansa hat der Luftfahrtminister Göring erklärt, dass es eine Ehre sei, deutscher Verkehrsflieger zu sein und dass die deutschen Flieger im Ausland die wagemutigsten Pioniere des Deutschtums seien. Die deutschen Flieger, ermüdet vom langen und schweren Flug, oder vielleicht eben einem gefährlichen Sturm glücklich entronnen, bedenken bei der Landung sicher nicht, dass der Verkehrsleiter der Luft-Hansa, der sie am Flugplatz freundschaftlich empfängt, schon seine Spürhunde auf seine Fährte gehetzt hat. Die anstürmenden Kräfte der Natur kann der kühne Flieger durch Mut, Geschick und Geistesgegenwart überwinden. Ein ungünstiger Bericht kann seine Existenz zerbrechen... (Seite 43).

#### Arbeitssoldaten.

(ITF) Auf der Tagung des Reichsnährstandes, der von nationalsozialistischen Grossagrariern beherrschten Zwangsorganisation der deutschen Bauern und Landarbeiter, forderte (am 28. November in Goslar), der "Hauptabteilungsleiter" Haidn die Bildung einer "Ernährungstruppe" aus Mitgliedern des weiblichen Arbeitsdienstes und der Zwangsorganisation Hitlerjugend. Eine derartige "Ernährungstruppe", die unter Befehl des (militärischer Disziplin unterstellten) Arbeitsdienstes bleiben soll, solle den Grossbauern und Gutsbesitzern jederzeit zur Verfügung stehen. Da die Mädchen im Arbeitsdienst neben Verpflegung und Unterkunft als Lohn nur täglich 20 Pfg. erhalten, würde die Verwirklichung dieses Plans die Voraussetzungen für einen weiteren Druck auf die Löhne der deutschen Landarbeiter schaffen.

Der Staatssekretär Backe, der als Sachverständiger für Landarbeiterfragen im Göring-Direktorium fungiert, hat auf der gleichen Tagung die Erfüllung dieses Wunsches in Aussicht gestellt.

#### Treffende Kritik.

(ITF) Unternehmer, die an den "Arbeitstagungen" der braunen Bonzen der Reichsbetriebsgemeinschaften der Arbeitsfront teilnahmen, amüsierten sich über die Vorträge, "die sich im wesentlichen mit Schlagworten und oft gehörten Dingen begnügen" -- stellt ärgerlich die "Nationalzeitung" (Essen) fest. (Nr. 306 vom 6. November 1936).